

Scammell, W. M.

Article — Digitized Version

Das britische Commonwealth in englischer Sicht

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scammell, W. M. (1954) : Das britische Commonwealth in englischer Sicht, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 12, pp. 678-685

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132001>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

EIN PROGRAMM FÜR DEN FRIEDEN

Nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit arbeiten die USA mit rund 60 anderen freien Völkern zusammen: am Aufbau der Verteidigungskraft gegen Aggression; an der Schaffung wirtschaftlicher Stärke und der Grundlage für eine Ausdehnung der Wirtschaftstätigkeit; an der Entwicklung technischer Verfahren durch den Austausch von Ideen, Wissen und Erfahrungen; an der Förderung steigenden Warenaustausches zwischen den Völkern — dem Schlüssel zu wirtschaftlichem Wohlstand und Wachstum; an der Fortsetzung intensiver Forschung zur Ermittlung der Methoden, nach denen die Wirtschaftskraft und die Erfindungsgabe des Menschen weiterhin für den Fortschritt nutzbar gemacht werden können; an der Überwachung der unheimlichen Gewalt der Atomkraft und an der Lenkung ihres Einsatzes auf friedliche und konstruktive Zwecke.

Am 16. April 1953 erklärte Präsident Eisenhower: „Der Friede, den wir erstreben und der auf der Grundlage ehrlichen Vertrauens und gemeinsamer Anstrengungen der Völker zu errichten ist, kann nicht durch die Waffen des Krieges gestärkt werden, sondern durch

Weizen und Baumwolle, durch Milch und Wolle, durch Fleisch und Bauholz und Reis. Das sind Begriffe, die sich in jede Sprache der Welt übersetzen lassen. Das sind Bedürfnisse, die eine Herausforderung an diese Welt in Waffen darstellen...

Die amerikanische Regierung ist bereit, von ihrer Nation zu fordern, daß sie gemeinsam mit allen anderen Völkern einen erheblichen Teil der durch Abrüstung erzielten Ersparnisse in einen Welthilfs- und -aufbaufonds einzahlt. Der Zweck dieses großen Werkes wäre es, anderen Völkern bei der Erschließung der unentwickelten Gebiete der Erde zu helfen, einen nutzbringenden und fairen Welthandel zu fördern und allen Völkern zu helfen, der Segnungen produktiver Freiheit teilhaftig zu werden.

Die bleibenden Zeugen dieser neuen Art von Krieg wären Straßen und Schulen, Kranken- und Wohnhäuser, Lebensmittel und Gesundheit.

Mit einem Wort: wir sind bereit, unsere Kräfte in den Dienst der Bekämpfung der Not — und nicht der Aufrechterhaltung der Furcht — zu stellen.“

Das britische Commonwealth in englischer Sicht

W. M. Scammell, Bangor/North Wales

Es gibt wenige politische Systeme, die so viel diskutiert und so wenig verstanden werden wie das britische Commonwealth of Nations. Das trifft sowohl für den Engländer selbst als auch für den Ausländer zu. Der erstere, geboren und aufgewachsen in einem England, das gewohnt ist, die überseeischen Angelegenheiten zu bestimmen und zu verwalten, neigt dazu, das Commonwealth ebenso wie viele andere britische Institutionen als etwas Selbstverständliches hinzunehmen. Für ihn bildet es von jeher einen wesentlichen Bestandteil des britischen Lebens — so augenfällig und anscheinend unwandelbar wie das Parlament und die Westminster Abtei. Er ist sich natürlich bewußt, daß diese Länder des Commonwealth einstmals nicht britisch waren, daß sie durch verschiedene Vorgänge wie Entdeckung, Eroberung, Annexion, Erwerb oder Vertrag britisch wurden und geblieben sind. Aber durch welchen rechtlichen und gesetzgeberischen Mechanismus sie heute mit England verbunden und von ihm beherrscht werden, dürfte ihm höchstwahrscheinlich nicht bewußt sein. Es sind mehr familiäre Bande und vertraute Geschehnisse — der Bruder in Kanada, der Onkel auf einer Farm in Neuseeland, der Besuch der Königin in Australien —, die für ihn die Wirklichkeit des Commonwealth ausmachen und mehr bedeuten als Verfassung oder Vertrag. So amorph und undefinierbar wie die englische Verfassung selbst ist auch das Commonwealth ein Teil im Gefüge des britischen Lebens. Der Engländer nimmt es als solches hin. Seine Kenntnis vom Commonwealth ist mehr intuitiv als exakt, und damit gibt er sich im allgemeinen zufrieden.

Für den Europäer ist das britische Commonwealth völlig unbegreiflich. Seine Organisation, die sich jeder

intellektuellen Analyse oder systematischen Formulierung entzieht, geht über sein Verständnis hinaus. Mangels jedes persönlichen Kontakts oder einer direkten Kenntnis des Commonwealth ist seine Schau allzu oft durch Nachrichten und Schilderungen gefärbt, die ihm seine eigene Presse darbietet. Allzu häufig enthalten sie mehr Verzerrungen als Wirklichkeit, denn es ist das Abnorme, das den Stoff für die Nachrichten bildet. Der Engländer, der intuitiv das Gesamtbild der Commonwealth-Beziehungen erfaßt, interpretiert das Abnorme zutreffend, und seine Bedeutung ist ihm klar: Kenya und die Mau-Mau-Aufstände erscheinen ihm in der richtigen Perspektive; Malans Politik der Rassentrennung und des republikanischen Nationalismus werden auf ihr natürliches Maß zurückgeführt. Von Europa aus, durch die europäische Brille gesehen und losgelöst von ihrem Hintergrund, erscheinen solche Abirrungen oft als Symptome der Auflösung und die britischen Maßnahmen als Politik imperialer Repressalien. Allzu sehr ist in Europa noch der Glaube verbreitet, daß der Engländer seine überseeischen Territorien noch im Frühgeist imperialer Herrschaft regiere. Diese falsche Vorstellung gilt besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, und die wirtschaftlichen Beziehungen Großbritanniens zu seinen Dominien und Kolonien werden nur zu oft als das Verhältnis von Herr und Knecht gesehen, eine Vorstellung, die weit von der Richtigkeit entfernt ist. Es ist wichtig, daß die Art des britischen Commonwealth in Europa und besonders in Deutschland verstanden wird. Ein großer Teil der britischen Außenpolitik, sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet, wird bestimmt durch die doppelte Rolle Großbritanniens: einmal als Zentrum einer maritimen Ge-

meinschaft weltweit verstreuter Länder und zum anderen als europäische Macht. Dieser Dualismus der Zielsetzung bestimmt die britische Haltung gegenüber solchen Experimenten, wie sie der Schumanplan und die politische und wirtschaftliche Integration Europas darstellen. Es ist gerade jetzt lebenswichtig, daß die britischen Motive und die britische Politik in Europa verstanden werden. Der vorliegende Artikel stellt einen Versuch dar, einen kurzen und zutreffenden Bericht über das britische Commonwealth zu geben, wie es der Engländer heute sieht. Wenn das Dargestellte oft unlogisch erscheinen mag und sich einer rationalen Analyse entzieht, so kann der Verfasser nur erwidern, daß das eben britisch ist und also nur zwei Kriterien unterliegt: der Erfahrung in der Schaffung gut funktionierender Organisationen und der Beweglichkeit in der Durchführung¹⁾.

ENTSTEHUNG UND POLITISCHE BINDUNGEN

Man muß sich darüber klar sein, daß das gegenwärtige Commonwealth gewissermaßen das Endprodukt eines Wachstumsprozesses und einer politischen Entwicklung ist, die sich über zwei Jahrhunderte erstreckt, und daß die formalen Bindungen, die diese Länder an das Mutterland ketten, nicht nur locker und elastisch sind, sondern auch die Wachstumsstadien widerspiegeln, die die einzelnen Länder und Territorien in ihrer Entwicklung zur politischen Reife erreicht haben. Es ist kein Wunder, daß auf einer Empire-Konferenz einmal über das Commonwealth gesagt wurde: „es entzieht sich jeder Klassifizierung und zeigt keine wirkliche Ähnlichkeit mit irgendeiner politischen Organisation, die jetzt besteht oder jemals errichtet werden sollte.“

Zu Anfang des 19. Jahrhunderts herrschte in England wenig Begeisterung für den Gedanken eines überseeischen Empire. Der Zusammenbruch des „ersten britischen Empire“ in Nordamerika lag noch in zu frischer Erinnerung, und es herrschte der weit verbreitete Glaube, daß solche kürzlich erworbenen Territorien wie Kanada und Australien bei Erreichung ihrer nationalen Reife vom Mutterland wegstreben würden. Aber als das Jahrhundert verging, entwickelte sich schnell ein Gefühl des Stolzes und der Verwandtschaft mit diesen Ländern, zu deren rasch zunehmender Bevölkerung das Mutterland einen ständig wachsenden Beitrag lieferte.

Es wäre falsch, von diesen Entwicklungsjahren des zweiten britischen Empire ein zu rosiges Bild zu malen. England machte in den letzten Jahren des Jahrhunderts eine kurze Periode eines fanatischen Imperialismus durch, es nahm am Kampf um Afrika teil und ging aus diesem Kampf mit großen und reichen Ge-

¹⁾ Ein anschauliches Beispiel für diese Beweglichkeit waren die bemerkenswerten Vereinbarungen, die 1948 getroffen wurden, um die britischen Beziehungen zur Republik Irland zu regeln. Als Irland von seinem Recht unter dem Westminsterstatut Gebrauch machte, aus dem Commonwealth auszuschneiden, wäre es lästig gewesen, innerhalb der geographischen Grenzen der britischen Inseln einen ausländischen Staat zu haben. Aus diesem Grunde wurde vereinbart, daß die irischen Staatsangehörigen ohne Paß nach England reisen konnten und umgekehrt die Engländer nach Irland. Auch gewisse andere Unbequemlichkeiten wurden beseitigt. Als Resultat ergab sich, daß Irland, obwohl rechtlich ein ausländischer Staat, noch die gleiche Stellung einnimmt und die gleichen Privilegien besitzt wie als Mitglied des Commonwealth.

bietsgewinnen hervor. Aber es wäre auch falsch, das Wachstum des britischen Empire ausschließlich als das Ergebnis von Eroberungssucht und Machtpolitik zu sehen. Wenn auch die britische Macht in Ägypten und im Sudan durch ein Husarenstück und im offenen Kampf bei Omdurman erlangt wurde, so wurde Kanada durch Klugheit, Diplomatie und durch die vorzügliche Leistung des Durham Report gewonnen. Auch die Rolle des Handels darf nicht vergessen werden. Ein großer Teil der britischen Ausdehnung im 19. Jahrhundert war wirtschaftlich fundiert. Zunächst verfügte Großbritannien auf industriellem Gebiet über große Exportüberschüsse, die es im Ausland investieren konnte, und es machte davon reichlich Gebrauch. Sein Einfluß im Fernen Osten wurde mit Hilfe der weitreichenden Handelsflotte auf dem Handel aufgebaut.

Ein großer Teil der neuerwachten Begeisterung für das Empire ist dem Werk und den Schriften einzelner Persönlichkeiten zu verdanken. Wenn Seeley und Froude²⁾ dem Gedanken des Empire geistige Unterstützung gewährten, so haben die Karriere von Männern wie Rhodes und die Schriftstellerei eines Kipling viel dazu beigetragen, die Vorstellungskraft des Volkes zu gewinnen und der breiten Masse einen weiteren Horizont zu eröffnen und sie von den großen Möglichkeiten zu überzeugen.

Von Beginn an hat der imperiale Gedanke in England niemals ganz eines Verantwortungsgefühls für die Länder und Völker des neuen Empire entbehrt, und eine fortschreitende Erweiterung der Selbstverwaltung wurde als notwendig anerkannt. Das war besonders bei den „weißen“ Kolonien der Fall, die von Europäern besiedelt waren, und diese wurden bereits früh aus dem Stadium der Verwaltung durch ernannte Beamte in das Stadium einer parlamentarischen Regierung geführt, in der gewählte Volksvertretungen einen unterschiedlichen Grad gesetzgeberischer Gewalt innehatten. Der Canada Act von 1840 und der British North-America Act von 1867 räumten Kanada vollständige Selbstverwaltung für innere Angelegenheiten ein. Australien wurde eine gleiche Behandlung 1859 gewährt, Neuseeland 1856 und der Kap-Kolonie 1872. Es war nur natürlich, daß die Selbstverwaltung zuerst den von Europäern bevölkerten Kolonien einzuräumen war, jedoch wurde anerkannt, daß die von England aus regierten Kolonien entwickelt werden mußten. Seitdem Joseph Chamberlain 1895 seine große Laufbahn als Kolonialminister begann, griff die Erkenntnis Platz, daß die Kolonien für höhere Zwecke als nur für die Ausbeutung da seien, daß die Entwicklung im Interesse Großbritanniens erfolgen müsse und daß ihnen letztlich Selbstverwaltung eingeräumt werden mußte. Wenn der Skeptiker dem entgegenhalten sollte, daß England ja gerade 1900 in einen Eroberungskrieg in Südafrika verwickelt gewesen sei, so können wir erwidern, daß Südafrika 1907 Selbstverwaltung erhielt. Seit etwa 1870 ist sowohl in den größeren überseeischen Territorien als auch in Großbritannien viel Mühe dar-

²⁾ Zwei Bücher, die großen Einfluß in dieser Periode hatten, waren: J. R. Seeley, „The Expansion of England“ (1883) und James Anthony Froude, „Oceana“ (1886).

auf verwendet worden, eine Organisationsform zu finden, die ein gewisses Maß von Autonomie auf Seiten der kolonialen Regierungen mit einer gewissen Einheitlichkeit in den imperialen Angelegenheiten in Einklang bringen würde. Diese Notwendigkeit warf zwei Probleme auf: erstens, wie die Angelegenheiten der kolonialen Innenpolitik von den Angelegenheiten des gesamten Empire zu unterscheiden seien, und zweitens, wie die Kolonien an Großbritannien zu binden seien, ob in einer strafferen Art durch konstitutionelle Verfügungen oder durch elastischere Vereinbarungen freiwilliger Zusammenarbeit. Erstmals wurden diese Probleme auf einer Empire-Konferenz im Jahre 1887 von den Premierministern und anderen Vertretern der britischen und der kolonialen Regierungen angesprochen. Auf dieser und auf einer Reihe späterer Empire-Konferenzen wurden die einzigartigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und seinen Partnern im Commonwealth of Nations ausgearbeitet. Im Balfour Report finden wir 1926 die sich selbst verwaltenden Gebiete unter britischer Flagge (einschließlich des Vereinigten Königreichs) beschrieben als „autonome Körperschaften innerhalb des britischen Empire, gleich in ihrem Status, in keiner Weise einander untergeordnet hinsichtlich ihrer inneren und auswärtigen Angelegenheiten, trotzdem vereint durch das gemeinsame Bekenntnis zur Krone und frei verbunden als Mitglieder des Britischen Commonwealth of Nations“³⁾. Fünf Jahre später, im Jahre 1931, gab das bekannte Statut von Westminster diesem Prinzip der Gleichheit die legale Anerkennung und definierte die Beziehungen der Dominionen zum Mutterland in inneren, imperialen und auswärtigen Angelegenheiten. Praktisch sind die „Dominien“⁴⁾ seit 1931 unabhängige Gebietskörperschaften, die ihre eigene Innen- und Außenpolitik verfolgen und lediglich durch die gemeinsame Mitgliedschaft im Commonwealth, durch die Unterwerfung unter die britische Monarchie und durch gemeinsame Kultur, gemeinsame Institutionen und rassische Verwandtschaft verbunden sind. In jedem Dominion ist die Krone durch einen Generalgouverneur vertreten, der genau die gleichen legalen Beziehungen zur Dominion-Regierung unterhält wie der britische Souverän zur britischen Regierung. In jedem Dominion besteht ein Kabinetts-System, das nach den gleichen Grundsätzen arbeitet wie das Kabinett in London. Der Hauptunterschied, der sich zwischen den verschiedenen Dominionalregierungen herausgebildet hat, besteht darin, daß einige unitaristisch wie in Großbritannien, andere föderalistisch wie in Kanada und in Australien (mit Staats- und Bundesregierungen) sind. So wie die meisten Dominionen von Engländern bevölkert sind, so sind auch viele ihrer nicht-staatlichen Einrichtungen nach britischem Muster gebildet. So sind z. B. die Bankensysteme der Dominionen zentralisiert und haben große Ähnlichkeit mit dem britischen System.

³⁾ Vgl. „Summary of Proceedings of the Imperial Conference of 1926“, Cmd. 2768 (1926).

⁴⁾ Der Begriff „Dominion“ entstand auf der Konferenz von 1907, wo er auf die Gebiete angewendet wurde, die eine verantwortliche Regierung hatten, zum Unterschied vom Kolonialreich.

Aber die sich selbst verwaltenden Dominionen bilden nur einen Teil des britischen Commonwealth. Es gibt noch zwei andere Teile des Commonwealth, die Aufmerksamkeit verdienen: Indien, das früher selbst ein Imperium bildete, aber unter direkter britischer Herrschaft stand, bis es mit Pakistan und Ceylon im Jahre 1947 ein Dominion wurde, und das Kolonialreich von über 50 weit verstreuten Gebieten, die in der Regierung nur beschränkte Autonomie genießen und deren Angelegenheiten in unterschiedlichem Grade von der britischen Regierung wahrgenommen werden.

Nur wenige Aspekte der imperialen Politik Großbritanniens sind im Ausland so aufmerksam verfolgt worden wie seine Herrschaft in Indien. Für viele sind die früheren Fehler und Ungerechtigkeiten und die späteren Versuche, sich gegen den wachsenden Nationalismus und die zunehmende Empörung in Indien zur Wehr zu setzen, symbolisch geworden für den britischen Imperialismus ärgster Prägung. In Großbritannien wie im Ausland hat — mit oder ohne Sachkenntnis — ständige Kritik an der Politik der Regierung in diesem Subkontinent geherrscht. Wenige Probleme sind so viel diskutiert und so wenig verstanden worden. Es ist unmöglich, in kurzen Zügen die vielfältigen Motive zu entwirren, die die britische Politik in Indien in den verschiedenen Zeiten bestimmt haben. Während wir im 16. Jahrhundert als Kaufleute hinübergingen, im 18. Jahrhundert die Rolle der Eroberer spielten, im 19. Jahrhundert Indien in unser imperiales System einbezogen, haben wir es in jüngster Zeit zur Einheit und zum Nationalbewußtsein erzogen. Ein Überblick über die britische Herrschaft in Indien verbindet beste und schlechteste Seiten der Geschichte unseres Empire. Wenn Großbritannien auch aus der Errichtung von Handelsniederlassungen in diesem Subkontinent Vorteil zog, so blühte doch auch Indien unter der pax Britannica, die es vor ausländischer Invasion und mörderischen Auseinandersetzungen schützte. Wenn Großbritannien auch viel dazu tat, Indien mit der materiellen Ausrüstung eines modernen Staates auszustatten, so hat es doch die sozialen Dienste langsamer als notwendig entwickelt. Wenn Großbritannien auch den Gedanken der nationalen Einheit in Indien weckte und ihm den Rahmen einer formalen Regierung gab, so hat es Indien doch lange das Recht zu unabhängiger Souveränität vorenthalten. Und wenn Großbritannien auch gezögert hat, der Welt die Aufgabe klarzumachen, die es sich in Indien gestellt hatte, so hat es doch selbst zuerst erkannt, wann der Augenblick gekommen war, seine Verwaltung zu beenden und sich zurückzuziehen. Und es hat nicht einen neuen unzufriedenen Anwärter auf die asiatische Machtpolitik zurückgelassen, sondern drei sich selbst regierende Dominionen, die aus eigenem freien Willen ihren Platz im Commonwealth eingenommen und sich verdienstvoll internationaler Angelegenheiten und der Sache der Vereinten Nationen angenommen haben. Wenn Großbritannien auch gelegentlich Kritik für verschiedene Züge seiner Herrschaft in Indien verdient hat, so steht dem doch die eine nackte Tatsache gegenüber, die zu seinen Gunsten

spricht: Hätte Großbritannien Indien in den dreißiger Jahren verlassen, so würden rassische und religiöse Uneinigkeit das Land zerstört und als überreife Frucht dem Kommunismus preisgegeben haben. Hätte Großbritannien versucht, seine Herrschaft in Indien aufrechtzuerhalten, so hätte es das nur um den Preis wachsender Erbitterung und eines zunehmenden Nationalismus tun können, die letztlich jeder Staatskunst gespottet hätten.

Die Kolonien, Protektorate und Mandatsgebiete umfassen 50 oder mehr große und kleine Gebiete mit den verschiedensten Rassen, Farben und Glaubensbekenntnissen und einer Bevölkerung von über 60 Millionen. Anzahl und Vielfältigkeit der Kolonien machen eine Beschreibung in kurzen Zügen unmöglich, aber es soll festgehalten werden, daß das Kolonialreich nicht ein starres und statisches System nach einem von außen oktroyierten gleichförmigen Muster ist. In Wirklichkeit bildet das Kolonialreich einen lebendigen und wachsenden Organismus von großer Vielfalt, in dem Großbritannien sich jederzeit bemüht hat, individuelle Züge und Gebräuche zu erhalten und die Einrichtungen der Eingeborenen fortschreitend modernen Bedingungen anzupassen. Diese Konzeption fußt auf dem Gedanken einer Treuhänderschaft und einer Fortentwicklung der Kolonialgebiete bis zur schließlichen Selbstregierung⁵⁾.

Der britischen Kolonialpolitik hat es nie an Kritikern gemangelt. Sie ist im Ausland als gewinnsüchtig und monopolistisch dargestellt worden, als eine schamlose Besitzergreifung von Land, um seine Hilfsquellen auszubeuten. In Großbritannien selbst ist sie ein Gegenstand der Auseinandersetzung, die allzu oft von falscher Unterrichtung und Unkenntnis des wahren Sachverhalts getragen wird. Die Jahre seit dem zweiten Weltkrieg haben eine Verstärkung solcher Kritik im In- und Ausland gebracht, denn in den britischen Kolonialgebieten haben sich in verschiedenem Grad Nationalismus und Autonomiebestrebungen gezeigt, wie sie in allen unterentwickelten Gebieten der Welt aufgetreten sind. Für den Ausländer scheint sich die britische Kolonialpolitik in den Aufständen von 1946 und 1947 in Palästina, in den Terrorakten in Malaya, in der Mau-Mau-Bewegung in Kenya, in den Streitigkeiten mit Ägypten über die Stationierung britischer Truppen in der Suez-Kanal-Zone und in den Forderungen der Cyprioten nach Vereinigung Cyperns mit Griechenland widerzuspiegeln. Eine Betrachtungsweise, die von diesen Ereignissen ausgeht, verlockt zu Generalisierungen, die oft weit von der Wirklichkeit entfernt sind und denen schwer zu begegnen ist, da eine wirkliche Einsicht nur gewonnen werden kann aus

⁵⁾ Die gegenwärtige Zentralbehörde für das Kolonialreich ist das Kolonialministerium in London unter dem Kolonialminister (mit Kabinettsrang). Der größte Teil der kolonialen Regierungsgeschäfte wird jedoch von der lokalen Verwaltung ausgeführt, das Kolonialministerium gibt nur Ratschläge und überwacht die Politik. Dem Kolonialminister sind viele Sachverständige und Ausschüsse für Gesundheitswesen, Erziehung, Landwirtschaft, Arbeiterfragen, Forstwirtschaft, Forschung, Entwicklung und andere Ressorts beigegeben, während die Bevollmächtigten der Kolonien in London die Handelsgeschäfte abwickeln sowie Aufträge für öffentliche Arbeiten und andere Kontrakte im Namen der Kolonialregierung vergeben. Vgl. W. E. Simnett: „The British Colonial Empire“.

einer erschöpfenden Prüfung der einzelnen Fälle auf ihren Gehalt. Allzu oft werden Tatsachen bewußt entstellt, wenn eine Kolonialmacht ihre eigenen Fehler dadurch verständlich machen will, daß es die Fehler einer anderen Kolonialmacht herausstellt. Nicht selten haben Franzosen zur Verteidigung der französischen Politik in Marokko und Algerien auf die Aufstände in Kenya hingewiesen, als hätten diese die gleiche Ursache.

Aus einer Reihe von Gründen, von denen einige erwähnenswert sind, ist es oft schwer, die britische Kolonialpolitik zu verteidigen. Erstens sind die Forderungen eines Eingeborenenvolkes nach Unabhängigkeit oft völlig irrational und vom europäischen Standpunkt aus unerklärlich und können sich gegen die wohlverstandenen Interessen des Volkes selbst richten. Die Mau-Mau-Bewegung in Kenya bildet hierfür ein ausgezeichnetes Beispiel. Teils entspringt sie dem Wunsch des Schwarzen, seinen weißen Herrn um jeden Preis loszuwerden, und teils aus dem alten Primitivismus, der Barbarei und dem Ubel der afrikanischen Geheimbünde. Auch die Forderungen der Cyprioten nach Vereinigung mit Griechenland basieren nur in geringem Maße auf Vernunftgründen. Obwohl die Leistungsfähigkeit der britischen Verwaltung und die Tatsache, daß eine Vereinigung mit Griechenland eine Herabsetzung des Lebensstandards zur Folge haben würde, anerkannt werden, verlangen die Cyprioten dennoch diese Vereinigung. Gegenüber diesen Forderungen, die nach der europäischen Auffassung von einer Kolonialherrschaft (Treuhänderschaft, wirtschaftliche Entwicklung, Erhöhung des Realeinkommens) nur eine Rückwärtsentwicklung bringen können, hat Großbritannien nur die Rechtfertigung, daß es diese Ideale vertritt und daß es den Aufständischen zusichert, daß die britische Herrschaft in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse liegt, eine Rechtfertigung, die eher noch mehr aufbringt als überzeugt und nach dem alten Thema von „the white man's burden“ klingt. Trotzdem ist es eine wirkliche Rechtfertigung. Den Morden und Brandstiftungen der Mau-Mau nachzugeben und dieses weite Gebiet mit seiner großen Bevölkerung und seinem potentiellen Reichtum unverteidigt zu lassen, würde bedeuten, daß die Uhr in Zentralafrika um 200 Jahre zurückgedreht würde.

Zweitens werfen die Kritiker der Kolonialherrschaft allzu oft zwei verschiedene Dinge durcheinander: Wie die Kolonien ursprünglich erworben wurden und wie sie regiert und verwaltet werden. Sollte es jetzt auch berechtigt sein, die Methoden und Motive zu kritisieren, die zum Erwerb von Kolonien geführt haben, so ist — selbst wenn man das Recht zu einer solchen Kritik zugesteht (und in diesem Falle wird es das nicht)⁶⁾ — damit nicht gesagt, daß die kolonisierende Macht diese Gebiete jetzt sich selbst überlassen sollte. Ob zum Guten oder Schlechten (und die meisten kompetenten Beurteiler werden schließlich zugeben müssen,

⁶⁾ Die britischen Kolonien wurden während eines Zeitraums von vier Jahrhunderten erworben, einige durch Eroberung, andere durch Annexion, andere durch Entdeckung, wieder andere durch Erwerb, und einige kamen auf eigenen Wunsch.

daß es zum Guten ist), jedenfalls ist Großbritannien für diese Gebiete verantwortlich. Eine Kritik sollte hierbei ausschließlich auf die Art und Weise beschränkt werden, wie die Kolonien gegenwärtig regiert werden. Ihr Erwerb ist eine vergangene Angelegenheit, und wir haben keine Zeit, über die ethischen Grundsätze der Besiedlung im 18. Jahrhundert oder die Kämpfe um Territorialbesitz im 19. Jahrhundert zu debattieren, an denen sich alle, einschließlich unserer Kritiker, eifrig beteiligten.

Drittens fußt, wie bereits ausgeführt wurde, die britische Kolonialpolitik auf dem Grundsatz der Treuhänderschaft, die Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Entwicklung und Erziehung eine Förderung der politischen Institutionen und ein Streben nach Selbstregierung fordert. Daraus ergibt sich eo ipso mit dem wachsenden politischen Bewußtsein und der politischen Erfahrung, daß die Kolonialvölker einen kritischen Blick für die Fehler Großbritanniens erhalten und — das letzte Ziel der Selbstregierung vor Augen — diesen Status vorzeitig zu erreichen suchen. Kritik an England und an der britischen Politik gibt es in den Kolonien zweifellos, aber ein großer Teil dieser Kritik ist konstruktiv und von derselben Art, wie das englische Volk sie als selbstverständlich an seiner eigenen Regierung in Westminster übt. Gerade das also, was in vieler Hinsicht unseren Erfolg bei der Förderung demokratischer Regierungsformen unter Beweis stellt, wird von den Kritikern benutzt, um Unzufriedenheit zu konstatieren. Der Gradmesser der Unzufriedenheit ist nicht Häufigkeit und Lautstärke der von den Eingeborenen geübten Kritik, sondern eher die Tatsache, daß das Kolonialreich zwar nicht mehr gerade durch Gewalt unterdrückt, aber immer noch durch eine dünne Schicht weißer Offiziere und eingeborener Polizeitruppen zusammengehalten wird. Nur in Kolonialgebieten wie Malta, Gibraltar und Cypern sind britische Garnisonen stationiert, aber aus ganz anderen Gründen.

Die vorstehende kurze Schilderung gibt einen allgemeinen und recht oberflächlichen Überblick über die politische Organisation des Commonwealth. Um ihn zu vertiefen, wäre es notwendig, eine detaillierte Untersuchung über jedes Dominion, jede Kolonie, jedes abhängige Gebiet, jedes Mandat und jedes Kondominium zu geben, was hier natürlich unmöglich ist. Wenn der Leser einen Eindruck von der Vielfältigkeit, Beweglichkeit und Lockerheit der politischen Bindungen des Empire gewonnen hat, so ist dieser Eindruck richtig. Aber das mag ihn zu der Frage veranlassen: Wenn die politischen Bindungen einen so losen und beweglichen Charakter tragen und wenn sie es großen Teilen des Commonwealth ermöglichen, sie auf eigenen Wunsch kurzfristig aufzukündigen, welche anderen Kräfte sind dann vorhanden, um das Commonwealth zusammenzuhalten und ihm die Einheit zu geben, die es doch offensichtlich besitzt? Diese Frage ist wichtig. Ein wirkliches Verständnis der Art des britischen Commonwealth verlangt eine Würdigung der ungreifbaren Bande, die ihm Zusammenhalt und Einheit ge-

ben. Das wichtigste dieser Bande gilt für die weißen Dominien, und dies ist das Band der gemeinsamen Sprache, Kultur und Tradition. Wie lange auch der Australier und Kanadier im Dominion ansässig sein mag und wie patriotisch er auch als Kanadier oder Australier fühlen mag, so ist er sich doch bewußt, daß seine Wurzeln fest in Großbritannien ruhen. Für ihn ist es die Heimat. Das ist einigermaßen schwer zu erklären, noch schwerer aber zu verstehen ohne unmittelbare Erfahrung. Aber es ist Tatsache — eine Tatsache, die die Dominien rasch und unverzüglich in zwei Weltkriegen an Großbritanniens Seite gestellt hat. In England selbst ist das Gefühl für die Dominien stark. Großbritanniens Dankbarkeit gegenüber den Dominien für ihre uneingeschränkte Kriegshilfe ist tief, wenn sie auch nicht häufig öffentlich zum Ausdruck kommt. Daneben bestehen persönliche Bande, die viele britische Familien mit ihren Verwandten in den Dominien verbinden.

Das zweite Bindeglied ist zweifellos das gemeinsame Interesse. Als Gruppe bildet das Commonwealth eine Weltmacht von großer Stärke und großem Einfluß. Als Gruppe bringt es seinen Mitgliedern Vorteile, die sie als einzelne und unabhängige Staaten nicht genießen würden: Vorteile der gegenseitigen Verteidigung, wirtschaftlicher Solidarität und gemeinsamer Bemühungen. Das gilt ganz besonders für die Kolonien, die als isolierte Gebiete schwach und wirtschaftlich arm dastünden.

Diese Bande finden ihren symbolischen Ausdruck in der gemeinsamen Treue, die Dominien und Kolonien gleichermaßen der königlichen Familie entgegenbringen. Die Krone ist das einzige formale Band, das das Commonwealth als Ganzes vereint, und die Loyalität von Millionen Menschen vieler Farben und Rassen gegenüber der Person des Monarchen ist eine lebendige Kraft des Zusammenhalts. Während des letzten Jahrzehnts hat dieses Band durch eine Reihe königlicher Reisen eine Stärkung erfahren, und es scheint durchaus möglich, daß künftig die Königin und ihr Gemahl einen größeren Teil ihrer Zeit in den überseeischen Ländern des Commonwealth werden verbringen müssen. Die neue Königin und ihr Prinzgemahl haben durch ihre Persönlichkeit viel dazu beigetragen, um die Bande zwischen dem alten Mutterland und den neuen überseeischen Gebieten zu festigen. Vielleicht liegt in der Jugend der Königin eine gewisse Kraft, die sowohl den Geist der Tradition und die Verbundenheit zur Geschichte als auch den Geist der Jugend und des Vorwärtstrebens anspricht.

WIRTSCHAFTLICHE MERKMALE

Bisher haben wir die politische Seite des Commonwealth beleuchtet. Es ist jedoch auch erforderlich, einen Blick auf die wirtschaftlichen Merkmale dieser Gruppe zu werfen, die von gleicher Wichtigkeit sind und die noch an Bedeutung gewinnen werden, je mehr Gebiete zur Selbstverwaltung heranreifen. Es gibt zwei wirtschaftliche Bindungen: die Mitgliedschaft im Währungsblock, den wir allgemein als Sterlinggebiet bezeichnen, und den gegenseitigen Zollschatz

durch das Präferenzsystem, das seit den Absprachen von Ottawa im Jahre 1932 datiert.

Das Sterlinggebiet ist eine typisch britische Einrichtung. Es gibt keine geschriebene Satzung, keinen formalen Verwaltungs- oder Beratungsapparat. Es ist nie bewußt errichtet worden (wenigstens nicht vor 1939), und es ist gewachsen wie so manche britische Institution auf der Basis von Präzedenzfällen, Erfahrung und reiner Zweckmäßigkeit. Diese Tatsache hat dem System eine Beweglichkeit gegeben, die sich bewährt und es ihm gestattet hat, sich den wechselnden Umständen anzupassen. Als ein regionaler Währungsblock — denn das ist er in Wirklichkeit — ist der Sterlingblock eine der erfolgreichsten freiwilligen Organisationen für den gegenseitigen Zahlungsverkehr, die jemals entwickelt wurde.

Der Sterlingblock hat eine lange Geschichte, die hier nur kurz gestreift werden kann. Im Laufe dieser Geschichte hat er vier verschiedene Entwicklungsphasen durchgemacht, während derer er in verschiedener Weise konstituiert war, und erst in den letzten Jahren hat er eine fast gleiche Gebietsausweitung erfahren wie das britische Commonwealth⁷⁾. Im halben Jahrhundert vor 1931 galt der Sterling als weltweite Währung, die infolge ihrer Anerkennung als internationales Zahlungsmittel und als Objekt für die Haltung liquider Reserven benutzt wurde. Diese „Sterlingwelt“ kann nicht in irgendeine formale Beziehung zum Sterlingblock gebracht werden, wie wir ihn heute kennen, aber der heutige Block dürfte sich schwerlich entwickelt haben, wenn nicht die Einrichtungen und die Methoden der Zusammenarbeit vorhanden gewesen wären, die während dieser Periode zwischen der City und den Haupthandelsländern der Welt entstanden sind. Die zweite Phase begann, als Großbritannien im Jahre 1931 den Goldstandard aufgab und eine Abwertung seines Wechselkurses vornahm. Die im Handel mit dem Vereinigten Königreich verbundenen Länder hatten damals zu entscheiden, ob sie am Goldstandard festhalten oder zusammen mit Großbritannien den Goldstandard aufgeben und ihre Währungen mit dem Sterling abwerten wollten. Eine Anzahl von Ländern wählte den zweiten Weg und beschloß, ihre Währung im Verhältnis zum Sterling zu stabilisieren. Damit wurde das Sterlinggebiet oder, wie es damals genannt wurde, der Sterlingblock, geboren. Diese lose Verbindung von Staaten war vielfältig, aber das wichtigste Bindeglied zwischen ihnen war der Glaube, es diene ihren Interessen am besten, wenn sie den Wechselkurs ihrer Währungen in ein festes Verhältnis zum Sterling brächten. Es gab keine Organisation der Gruppe und keine kodifizierte Vereinbarung. Die Mitglieder des Blocks fragten Großbritannien weder um Erlaubnis, den Sterling als Standard zu benutzen, noch um Erlaubnis, die Gruppe zu verlassen. Die Länder kamen und gingen, wie sie wollten. Dieser Sterlingblock war wenig mehr als ein internationaler Club von Staaten, die die gleiche Währungspolitik verfolgten und durch

⁷⁾ Die gegenwärtige Mitgliedschaft zum Sterlinggebiet besteht aus dem britischen Commonwealth (außer Kanada) und Eire.

die gleichen Interessen verbunden waren. Solange das Pfund Sterling in andere Währungen konvertierbar blieb, war der Block hinsichtlich seiner Auswirkungen auf andere Länder neutral. Er war tatsächlich nicht mehr als ein Gebiet mit festgelegten Wechselkursen. Die dritte Phase der Entwicklung begann bei Kriegsausbruch 1939, und mit ihr entstand das Sterlinggebiet in einer seinem heutigen Aussehen ähnlichen Form. Der Krieg verlangte einen größeren Zusammenhalt innerhalb des Gebiets. Mit wachsender Kriegsgefahr schrumpfte das Sterlinggebiet zusammen, bis es nur noch die Gebiete des britischen Commonwealth (mit Ausnahme Kanadas), ferner Eire, Ägypten, den Sudan, den Irak und Island umfaßte. Zu seinem Hauptzweck wurde es jetzt, sowohl die Reserven und die laufenden Einkünfte der Währungen gewisser Länder als auch das Gold zum Ankauf dieser Währungen für lebensnotwendige Zwecke zu bewirtschaften. Dafür wurde 1939 ein System der Devisenkontrolle errichtet, das seitdem in Kraft geblieben ist und das wichtigste formale Band bildet, das die Gruppe zusammenhält. Die Errichtung einer Devisenkontrolle bedeutete für ein Land, das seine finanzielle Führerstellung auf der vollständigen Freiheit der Bewegung von Gold und Kapital aufgebaut hatte, einen völligen Bruch mit der Tradition. Nachdem dieser Schritt aber einmal vollzogen war, wurde er zum Wendepunkt für das Sterlinggebiet, das in einem Ring von Kontrollsystemen die Möglichkeit schuf, im und nach dem Kriege ein großes Gebiet mit freiem Zahlungsverkehr aufrechtzuerhalten⁸⁾. Wäre dieses System auseinandergefallen, so wäre viel verloren gegangen. Seine Aufrechterhaltung hat Ordnung und System geschaffen, wo sonst wirtschaftliche Anarchie entstanden wäre. Darüber hinaus bietet der gegenwärtige Mechanismus des Zahlungsverkehrs im Sterlingblock die Gewähr, daß, wenn es die Umstände rechtfertigen, das Pfund Sterling wieder mit dem Dollar konvertierbar gemacht werden kann und somit Sterling- und Dollarblock in einem weltweiten System freier und multilateraler Zahlungen vereinigt werden. Das Sterlinggebiet, wie wir es heute kennen, ist zweifellos eine Schöpfung des zweiten Weltkriegs. Es stellt eine vereinheitlichte Gruppe von Ländern dar mit zentraler Reservehaltung und einem ausgeklügelten Zahlungssystem, das ursprünglich zur Organisierung der wirtschaftlichen Verteidigung dieses Gebiets geschaffen worden war, aber jetzt zu einem Mittel der Liberalisierung von Zahlungen über einen großen Teil der Welt geworden ist. Es muß jedoch bemerkt werden, daß es trotz des formalen Mechanismus, auf dem das Zahlungssystem basiert, jedem Mitglied (mit Ausnahme der kolonialen Territorien) freisteht, auf eigenen Wunsch auszuscheiden. Die Tatsache, daß die Mitglieder dies nicht tun, ist bezeichnend dafür, daß die Mitgliedsländer aus dieser Mitgliedschaft gegenseitigen Vorteil ziehen. Dieser gegenseitige Vorteil war besonders offensichtlich in der nach dem Weltkrieg einsetzenden Periode

⁸⁾ Das Zahlungssystem des Sterlinggebiets ist zu kompliziert, um hier beschrieben werden zu können. Vgl. hierzu Brian Tew: „International Monetary Co-operation 1945 — 52“, S. 124 — 141.

des internationalen Zahlungschaos. Wenn solche gegenseitigen Vorteile nicht bestanden hätten, so hätten in Anbetracht des nationalen Selbstinteresses die bindenden Kräfte der imperialen Solidarität oder gar die materielle Bequemlichkeit nicht ausgereicht, diesen Block vor seiner Auflösung zu bewahren. Für das Vereinigte Königreich bietet der Block einen großen Markt, auf dem es Rohstoffe gegen Fertigwaren eintauschen kann. Durch den gemeinsamen Dollarpool leistet das Sterlinggebiet einen gewissen Beitrag zur Deckung der eigenen Dollarlücke, und er bietet den Rahmen für ein großes Währungssystem, in dem der Sterling als internationale Währung frei zirkulieren kann. Für die überseeischen Sterlinggebiete bietet das System einen Markt für ihre Erzeugnisse, auf dem sie als Lieferant vor den Nicht-Sterlingländern bevorrechtigt sind, während sie gleichzeitig auf Wunsch nach Ländern außerhalb des Blocks exportieren können. Das System verschafft Zugang zu einem Gebiet multilateralen Handels, in dem Rohstoffe und Fertigwaren gekauft und verkauft und mit Sterling bezahlt werden können. Es bedeutet den Zugang zum Londoner Kapitalmarkt. Es verschafft den Mitgliedsländern die Möglichkeit, an Vorteilen zu partizipieren, die die Gruppe als solche genießt und die sie als Einzelländer nicht erhoffen könnten. Es hat einigen Gebieten auch Schutz vor den schlimmsten Auswirkungen der Dollarknappheit gewährt. Alle diese Vorteile haben ausgereicht, das Gebiet zusammenzuhalten und seinen Fortbestand zu sichern.

Man ist versucht, Überlegungen darüber anzustellen, wer mehr Vorteile aus dem Blocksystem zieht: das Vereinigte Königreich oder das überseeische Sterlinggebiet. Im allgemeinen darf man sagen, daß die Chancen gleich verteilt zu sein scheinen. Gewisse Dominien haben sich darüber beklagt, daß sie mehr Dollars für sich selbst hätten verdienen können, wenn sie nicht verpflichtet gewesen wären, ihre Erzeugnisse nach den Märkten des Sterlinggebiets, hauptsächlich nach dem Vereinigten Königreich, zu exportieren. Das Vereinigte Königreich mag darauf erwidern, daß es seinerseits bei dem Fehlen strenger Importrestriktionen nur dafür sparsam mit dem Dollarpool umgegangen sei, um periodisch durch die Verschwendungssucht der Dominien ausgeplündert zu werden. Beide Klagen sind berechtigt. Weniger Klagen hört man über die Unstabilität, die dem Block erwächst aus seiner Abhängigkeit von Dollareinkünften aus Verkäufen von Rohstoffen, deren Preise schwankend sind und die in Zeiten des Aufschwungs große Dollarerträge bringen, während sie in Krisenzeiten eine erhebliche Dollarlücke verursachen. Unbestreitbar muß etwas mehr Selbstdisziplin hinsichtlich der Dollarimporte geübt werden, wenn der Dollarpool des Gebietes in Zeiten des Aufschwungs wieder aufgefüllt und in Krisenzeiten nicht schnell erschöpft werden soll. Die Zeit mag jetzt reif sein für eine gewisse formale Organisation, um die Politik innerhalb des Sterlinggebiets zu koordinieren. Zweifellos war das Fehlen einer formalen Organisation in der Vergangenheit von Vorteil. Es ist

aber sehr zweifelhaft, ob es auch in Zukunft vorteilhaft sein wird.

Über die Empire-Präferenzen ist seit Abschluß des Ottawa-Abkommens viel geschrieben und noch mehr gesagt worden. Das System ist im Ausland viel kritisiert worden, besonders in den USA. In England ist die Meinung zwischen Politikern und Industriellen geteilt. Zum Teil ist man der Meinung, daß das Präferenzsystem erhalten und noch verstärkt werden sollte, daß das Empire zu einer großen Zollunion entwickelt werden sollte und daß England und die Dominien auf den Commonwealth-Märkten vor ausländischer Konkurrenz geschützt werden sollten; andere dagegen vertreten die Ansicht, daß die Empire-Präferenzen ihren Zweck überlebt haben und zum Anachronismus geworden sind. In den Dominien und in den Kolonien ist die Meinung ähnlich geteilt. Da die reine Wahrheit hierüber schwer zu ermitteln sein dürfte, müssen wir uns damit zufrieden geben, einige Tatsachen mitzuteilen, die mitunter übersehen werden.

Zunächst sei festgestellt, daß Präferenzzölle im Commonwealth nicht erst 1932 entstanden sind. Der erste Präferenzzoll innerhalb des Empire wurde bereits 1897 von Kanada gewährt, und reziproke Präferenzen unter den gegenwärtigen Dominien wurden in Abkommen der Jahre 1903, 1905 und 1919 festgelegt; aber erst als Großbritannien im Jahre 1932 ein protektionistisches Land wurde, wurde die heutige Struktur des Präferenzsystems im Ottawa-Abkommen niedergelegt. Da diese Präferenzen in stärkerem Maße durch Erhöhung der Zollsätze auf ausländische Waren als durch Zollsenkungen für den Empire-Handel geschaffen wurden, ergibt sich, daß sie dazu dienen sollten, den Handel innerhalb des Empire zu konzentrieren. Zu Recht oder Unrecht wurde Großbritanniens schwere Arbeitslosigkeit dem Wettbewerb zugeschrieben, den seine Schlüsselindustrien auf den Exportmärkten erfuhren. Der Protektionismus und das Ottawa-Abkommen waren die Reaktion.

Die durch das Abkommen gewährten Präferenzen hatten sich 1937 so ausgedehnt, daß sie über die Hälfte des Handels zwischen England und dem Empire in beiden Richtungen erfaßten, und einige alte Präferenzsätze waren erhöht worden. Diese Intensivierung des Präferenzsystems hat die durchschnittliche Präferenzspanne⁹⁾ auf 10—12 % des Gesamthandels in jeder Richtung erhöht. Die Periode zwischen 1932 und dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges bildete den Höhepunkt der Empire-Präferenzen. Seit 1937 zeigte sich eine gewisse Rückläufigkeit. Der Anteil des Handels, der in den Genuß von Präferenzen kommt, ist nicht sehr stark gesunken und beträgt noch etwa 50 % in jeder Richtung, aber die Durchschnittsspanne der Präferenzen ist für Importe und Exporte auf etwa 6 % gefallen. Diese Herabsetzung der Präferenzen ist

⁹⁾ Die Präferenzspanne für jeden Posten wird bestimmt als Differenz zwischen dem Zollsatz, der für die Einfuhr einer Ware aus dem Vereinigten Königreich zum Ansatz kommt, und dem Satz für Einfuhren aus den USA. Alle oben genannten Angaben über die Höhe der Empire-Präferenzen sind dem Artikel „Imperial Preference: A Quantitative Analysis“ von Sir Donald MacDougall und R. Hutt (im *Economic Journal* vom Juni 1954) entnommen.

wenigstens teilweise auf Konzessionen zurückzuführen, die Großbritannien unter dem GATT und einer Anzahl von Handelsabkommen zugestanden hat.

Die Zukunft des Präferenzsystems ist ungewiß. Der Interessentenkampf ist erheblich, und eine völlige Aufgabe des Systems ist schwer vorstellbar, wenn es auch im Laufe der Zeit eine starke Abschwächung oder Modifizierung erfahren mag. Vieles wird von dem Verlauf der künftigen Ereignisse, vom Stand des Handels und der Beschäftigung sowohl in England wie im Commonwealth abhängen. Bei andauernder Vollbeschäftigung und Ausweitung des Handels besteht die Hoffnung, daß die für den Ausländer lästigeren Seiten des Präferenzsystems fortschreitend beseitigt werden. Anfang des 20. Jahrhunderts dürfte es viele Engländer gegeben haben, die an einem Fortbestand des Empire in der damaligen Form Zweifel hegten. Man nahm an, daß ein Mitgliedsstaat nach dem anderen heranreifen und seinen eigenen Weg gehen würde. Die Auflösung des Empire schien nur eine Zeitfrage zu sein. Diese Auffassung hat sich als unzutreffend erwiesen. Obwohl die Mitgliedsstaaten herangereift sind und politische Unabhängigkeit erlangt haben, sind neue Bindungen sowohl an Großbritannien als auch untereinander entstanden.

AUSBLICK

In England ist es nicht mehr üblich, den Begriff „British Empire“ zu verwenden, der nicht mehr die politischen Realitäten widerspiegelt und vielleicht unerfreuliche Gedankenverbindungen heraufbeschwört. Dieser Begriff ist abgelöst worden von dem Begriff des „Commonwealth“, der zutreffender und allgemein be-

friedigend die Gleichheit Großbritanniens mit den überseeischen Gebieten zum Ausdruck bringt. Der alte Imperialismus, die Konzeption eines überseeischen Empire, das von London beherrscht oder geleitet wird, ist tot und hat der Idee einer Mitgliedschaft in einer Liga unabhängiger Nationen Platz gemacht. Damit soll nicht gesagt sein, daß innerhalb dieser Liga nicht politische Spannungen bestehen. Aber diese tragen nicht auflösenden Charakter, und wo sie auftreten, werden sie offen und konstruktiv von beiden Seiten behandelt. In Großbritannien selbst gibt es keine zwei Meinungen über das Commonwealth. Die beiden großen politischen Parteien betrachten die Bindungen an das Commonwealth als einen lebenswichtigen Teil der britischen Außenpolitik, und über die Beziehungen zum Commonwealth gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Beide Parteien betonen die Einheit und die Solidarität des Blocks.

Es besteht kein Zweifel, daß wir seit dem zweiten Weltkrieg in England ein Wiederaufleben der Begeisterung für das Commonwealth und seine Einrichtungen erleben. Diese Begeisterung darf nicht als ein Wiederaufleben des kriegerischen und sentimental Patriotismus vergangener Zeiten aufgefaßt werden, sondern es ist eine lebendige Kraft gemeinsamer Leistung und Erfahrung und ein tiefes Verwandtschaftsgefühl entstanden. Daß das Empire in ein Stadium kommen mußte, in dem ähnlich wie in einer Familie die heranwachsenden Kinder ihre eigenen Wege gehen wollen, dürfte von jedem Engländer eingeräumt werden. Daß das Commonwealth in irgendeiner Form fortbestehen wird, ist ihm Gewißheit.

Summary: An Englishman Looks at the Commonwealth. The author presents a critical outline of the political system of the British Commonwealth of Nations as seen by an Englishman, although he is aware that many aspects of its genesis and the political ties linking it in the present are not understood by a foreigner and probably cannot even be made understandable to him. He describes the creation of the original British Empire "by discovery, conquest, annexation, acquisition or agreement", emphasizing however that, in England, the concept of empire had never been lacking a feeling of responsibility for the territories under British rule and that British colonial policy had been endeavouring from the beginning to grant the various territories the greatest possible autonomy according to their degree of political maturity. Meanwhile, it had become entirely irrelevant to speak of a British Empire, and one had now become used to the term Commonwealth which was correctly describing the equality of Great Britain with her oversea territories. The author deals in detail with the critics of British policy and explains the political ties connecting the different parts of the Commonwealth today. In conclusion, he analyzes the institutions representing the economic links of the Commonwealth, i. e. the sterling area and the system of imperial preferences.

Résumé: Le Commonwealth Britannique du point de vue anglais. Partant des conceptions anglaises l'auteur donne une analyse critique du système politique du "British Commonwealth of Nations". Il est conscient du fait que les étrangers ne comprennent pas et, probablement, ne peuvent jamais comprendre grand nombre d'aspects de l'origine, du développement et de la cohésion politique actuelle du Commonwealth. Selon l'auteur les bases de l'ancien "British Empire" ont été consolidées à moyen "de découvertes, de conquêtes, d'annexions, d'acquisitions et de traités". L'auteur constate pourtant que la conception impériale de l'Angleterre toujours a été doublée d'un sentiment de responsabilité pour les territoires dominés, et que la politique coloniale anglaise, dès ses premiers pas, a poursuivi le but d'accorder à chacun des territoires d'outre-mer un maximum d'autonomie, conformément au degré de maturité politique. Eu égard à l'évolution des territoires d'outre-mer il fallait remplacer l'idée du "Empire" par celle du "Commonwealth". Il discute à fonds les critiques formulées contre la politique britannique et trace un tableau des relations politiques réunissant, à présent, les territoires du Commonwealth. L'auteur finit son article par une analyse des services et institutions assurant le fonctionnement économique du bloc-sterling et du système des préférences impériales.

Resumen: El Commonwealth británico desde un punto de vista inglés. El autor hace una descripción crítica del Commonwealth of Nations británico visto por un inglés, admitiendo que muchos aspectos de su origen y de su presente consistencia política no pueden ser comprendidos por los extranjeros y tampoco ser hechos comprensibles para ellos. Describe el nacimiento del Imperio británico "por descubrimiento, conquista, anexión, adquisición o tratado" pero constata que el pensamiento imperial que rige en Inglaterra no ha sido nunca sin un sentimiento de responsabilidad para los terrenos dominados y que la política colonial desde un principio ha sido enderezada a dar a los diferentes territorios la autonomía que corresponde al grado de su madurez política. Entretanto ha quedado absolutamente inoportuno el costumbre de hablar de un Imperio británico, y se emplea hoy el concepto del Commonwealth que expresa la igualdad de Gran Bretaña con las regiones de ultramar. El autor examina detenidamente la crítica dirigida contra la política británica y describe los vínculos que hoy conservan intacto las regiones del Commonwealth. Por fin analiza las instituciones del bloque esterlina y de las "imperial preferences" importantes para las relaciones económicas.